

# Gutes Miteinander, gemeinwohlorientierte KI

## Digitale Gemeingüter weltweit gemeinsam regulieren





Wikimania 2019 Stockholm – Internationales Treffen der Wikimedia-Communitys



**Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,**

wie sieht das ›Gute Internet‹ für Sie aus? Vom 25. – 29.11. kommt das Internet Governance Forum der Vereinten Nationen (IGF) erstmals nach Berlin. Etwa 3000 Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und internationalen Organisationen diskutieren hier zentrale politische Fragen des Internets.

Wir wollen dabei den Kompass aufs Gemeinwohl justieren. Deshalb haben wir zur Vorbereitung des IGF das Projekt IGF Navigator ins Leben gerufen, um die Stimme zivilgesellschaftlicher Organisationen in netzpolitischen Debatten zu verstärken. Zu drei IGF-Schwerpunkten haben wir konkrete Forderungen an die Politik erarbeitet, die wir Ihnen in diesem Brief als erstes präsentieren.

Außerdem werben wir für Unterstützung der deutschen Politik für den Vorschlag der Vereinten Nationen für eine »Digital Commons Architecture«. Nur mit gemeinsam definierten und durchgesetzten Regeln können aus digitalen Ressourcen echte Gemeingüter werden.

Ziel bei alledem ist, dass das Internet zu einem echten öffentlichen Raum wird, in dem sich alle entfalten können. Dabei darf der demokratische Diskurs weder durch Geschäftsinteressen noch Hassrede oder staatliche Überwachung an die Wand gedrückt werden. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen unseres Politikbriefs!

**Abraham Taherivand**

Geschäftsführender Vorstand  
Wikimedia Deutschland e. V.

# Gutes Miteinander, gemeinwohlorientierte K.I. und mehr als nur »Medienkompetenz« für junge Menschen

Unsere Forderungen zum Internet  
Governance Forum 2019

Mit dem **Projekt IGF Navigator** verstärken wir zivilgesellschaftliche Stimmen rund um und innerhalb des Internet Governance Forum 2019. Netzpolitik braucht ein starkes weder staatliches noch wirtschaftlich orientiertes Korrektiv, um das Gemeinwohl, das »Common Good« auch im Netz zu sichern. Durch Vernetzung, Workshops und gemeinsame Planung soll der IGF Navigator den Zugang zivilgesellschaftlicher Akteure<sup>1</sup> zum IGF als Plattform erleichtern.

Vorgenommen haben wir uns dabei die Schwerpunktthemen **»Gutes Miteinander/ gegen Hassrede«**, **»Jung im Netz«** und **»Künstliche Intelligenz und Gemeinwohl«**. Vor dem Hintergrund des IGF fordern die Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft von der deutschen Politik insbesondere ...



<sup>1</sup> Teilgenommen haben neben den Initiierenden Wikimedia Deutschland, betterplace lab und The Ethical Tech Society unter anderen: Stiftung Neue Verantwortung, Das NETZ, HateAid, Ich bin hier e.V., Amadeu Antonio Stiftung, Die offene Gesellschaft e.V., #FreiraumNetz - Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitischen Jugendbildung, Chaos Computer Club, Jugend hackt, Jugendstiftung Baden-Württemberg, Jugend IGF Deutschland 2019, Deutsches Rotes Kreuz und Algorithm Watch.

## Forderungen für ein gutes Miteinander im Netz

Die Stärkung gesellschaftlicher Regeln und sozialer Normen auf privatwirtschaftlichen Plattformen ist auch eine Frage der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Deshalb brauchen wir:

- Eine bessere Qualifizierung rechtsstaatlicher Institutionen wie Justiz und Strafverfolgungsbehörden beim Umgang mit Hass-Kriminalität im Netz und zusätzliche, spezialisierte Staatsanwaltschaften. Nur so können Muster über Plattformen hinweg erkannt und bekämpft werden.
- Mehr Transparenz über die Algorithmen hinter Social Media und Suchmaschinen. Wir benötigen Forschung, um Prozesse der Meinungsbildung und -manipulation besser zu verstehen. Hierzu braucht es auch Datenschnittstellen für wissenschaftliche Analysen, und zwar nicht nur auf Basis von Goodwill der Plattformunternehmen.
- Niedrigschwellige Beratungsangebote für Opfer digitaler Gewalt, die den Kontakt zwischen Hilfesuchenden, Netzwerken, Strafverfolgung und Hilfsangeboten organisieren können.
- Um das Internet zu einem echten öffentlichen Raum werden zu lassen, in dem demokratischer Diskurs weder durch Geschäftsmodelle noch Hassrede oder staatliche Überwachung behindert wird, bedarf es einer echten Mitverantwortung der Menschen an den Plattformen, die sie nutzen. Diese muss durch die Politik dort ermöglicht werden, wo Plattformunternehmen sie aus eigenem Antrieb nicht zulassen.

## Forderungen für gemeinwohlorientierten Umgang mit KI-Technologie

Für ein besseres Verständnis der Vor- und Nachteile spezifischer algorithmischer Systeme brauchen wir eine Offenlegung der jeweiligen Datenbasis. Zudem ließe sich ein Daten-Bias durch eine Zertifizierung von Datenbanken verhindern. Um Problemen vorbeugen zu können, müssen Funktionsweise, Entscheidungsrahmen sowie die Eckdaten eines Algorithmus erläutert werden:

- Besonders die öffentliche Hand – z. B. Arbeitsagentur, Finanzamt, Polizei – muss für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar offenlegen, welche Systeme zum automatisierten (Vor-)Entscheiden sie zu welchem Zweck verwendet, wer sie entwickelt hat, und nach welcher grundsätzlichen Logik sie funktionieren. Zudem muss es eine wirksame Aufsicht und praktikable Widerspruchsmöglichkeiten geben.
- Künstliche Intelligenz kann nur in Interaktion mit Menschen funktionieren. Darum ist es wichtig den sozialen Kontext zu verstehen, in den sie eingebettet ist. Es muss immer klar sein, ob und inwiefern KI-Technologie diesem sozialen Kontext gerecht wird.
- Algorithmische Systeme können nur dann zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen, wenn sie sich an Chancengerechtigkeit und Teilhabe orientieren. Wir sollten uns daher gemeinsam und international für Transparenz und ein effektives Kontrollsystem für algorithmische Entscheidungssysteme einsetzen.



## Forderungen zugunsten junger Menschen im Netz

Junge Menschen brauchen in Zukunft andere Kompetenzen als solche, die wir heute unter dem Begriff »Medienkompetenz« fassen. Eine umfassende digitale Bildung ist notwendig, um die Prozesse der digitalen Welt verstehen und die Folgen des eigenen digitalen Handelns abschätzen zu können. Nur so werden sie mit ihrem Können, ihren Werten und ihrem Wissen auch digital die aufgeklärt pluralistische Gesellschaft stärken können. Die Politik muss den vielen an diesen »Digital Literacies« Mitwirkenden die Arbeit erleichtern:

- Jugendarbeit und -bildung sind gefordert, Methoden und Konzepte zu entwickeln, durch die junge Menschen einen selbstbestimmten Umgang mit Daten lernen und diese für gesellschaftspolitische Aktivitäten nutzen können. Politik sollte diese Aktivitäten gezielt unterstützen, um auch im Netz Jugendlichen Qualifizierung, Verselbständigung und Positionierung zu ermöglichen.
- Langwierige Speicherung und Missbrauch von Daten Minderjähriger müssen unterbunden werden.
- Es braucht mehr Digitalisierung von politischen Partizipationsmöglichkeiten, um niedrigschwellige Beteiligung auch für junge Menschen zu ermöglichen.
- Mit diesen Forderungen beschäftigen sich auch das Jugend IGF Deutschland und der internationale Youth IGF Summit, der vom 24. – 25.11. tagen wird. Darüber hinaus fordern die Teilnehmenden des Jugend IGF Deutschland eine stärkere Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit der Digitalisierung, die Durchsetzung von Menschenrechten im Internet und Nicht-Diskriminierung sowie offene Verwaltung, offene Software und offene Daten.<sup>2</sup>

**Wir freuen uns auf die Diskussionen mit Ihnen beim IGF und laden Sie zum Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aus der ganzen Welt bei unserem Get-together am 25.11. ab 19 Uhr in der Griessmühle (Sonnenallee 221, 12059 Berlin) in der Nähe des Tagungsortes ein.**

# Digitale Gemeingüter weltweit gemeinsam regulieren

Plädoyer für ein neues Instrument bei den Vereinten Nationen vorbeugen zu können, müssen Funktionsweise, Entscheidungsrahmen sowie die Eckdaten eines Algorithmus erläutert werden:

Im Juni diesen Jahres veröffentlichte das vom Generalsekretär der Vereinten Nationen eingesetzte hochrangige Forum zur digitalen Zusammenarbeit seinen Abschlussbericht »The Age of Digital Interdependence«.<sup>3</sup> Der Bericht macht drei konkrete Vorschläge für Mechanismen zur Stärkung der internationalen digitalen Zusammenarbeit:

- 1. die Weiterentwicklung des jährlich stattfindenden Internet Governance Forums als IGF Plus mit einer verbesserten Anbindung an die Vereinten Nationen,**
- 2. die Schaffung einer Netzwerkstruktur zur besseren Verzahnung der privaten und öffentlichen Institutionen der Internet Governance und**
- 3. die Einrichtung einer Architektur der digitalen Allmende (»Digital Commons Architecture«).**



Nach unseren Informationen sieht die Bundesregierung vor, sich nur mit dem Ansatz IGF Plus auseinanderzusetzen und die anderen Vorschläge zu verwerfen. Wir würden das bedauern. **Insbesondere der Vorschlag einer Digital Commons Architecture birgt die Möglichkeit, Regeln für gemeinschaftlich genutzte Ressourcen zu diskutieren.**

Gegenwärtig gibt es keinen öffentlichen Rahmen, um internationale Instrumente für die gemeinschaftlichen Nutzung digitaler Technologien oder die **gemeinwohlorientierten Bereitstellung und Nutzung von Daten zu verhandeln.** Solche Instrumente wären allerdings zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung<sup>4</sup> unbedingt erforderlich. Nicht zuletzt könnten dadurch auch neue Impulse für den Umgang mit natürlichen Gemeingütern ergeben.

**Wikimedia Deutschland und das globale Wikimedia Movement befürworten daher die Zielsetzung einer internationalen Architektur der digitalen Allmende ausdrücklich.** Das Wikimedia Movement steht als starker zivilgesellschaftlicher Partner bereit, um an der Entwicklung der institutionellen Architektur und der Diskussion über die ihr zugrundeliegenden sozialen Normen mitzuwirken.

# Das Team Politik und Recht



**John Weitzmann**

Leiter Politik & Recht, Syndikus

→ [john.weitzmann@wikimedia.de](mailto:john.weitzmann@wikimedia.de)



**Bernd Fiedler**

Projektmanager Politik  
(Schwerpunkt Öffentliche Güter)

→ [bernd.fiedler@wikimedia.de](mailto:bernd.fiedler@wikimedia.de)



**Lilli Iliev**

Projektmanagerin Politik (Schwerpunkt  
gemeinwohlorientierte Datenpolitik)

→ [lilli.iliev@wikimedia.de](mailto:lilli.iliev@wikimedia.de)



**Justus Dreyling**

Projektmanager Politik  
(Schwerpunkt Internationale Regelsetzung)

→ [justus.dreyling@wikimedia.de](mailto:justus.dreyling@wikimedia.de)

# Über Wikimedia Deutschland

Wikimedia Deutschland ist ein gemeinnütziger Verein mit rund 70.000 Mitgliedern, der sich für die Förderung Freien Wissens einsetzt. Seit der Gründung im Jahr 2004 unterstützt der Verein verschiedene Wikimedia-Projekte – allen voran Wikipedia.

Der Verein setzt sich für den freien Zugang zu Freiem Wissen ein und engagiert sich damit für ein grundlegendes Recht des Menschen auf Bildung. Wikipedia ist, wie auch andere Schwesterprojekte, unabhängig und werbefrei und nur durch ehrenamtliche Mitarbeit und Spenden möglich.

**Website des Vereins:**  
<https://wikimedia.de/>

**Wikimedia Deutschland e.V.**  
**Tempelhofer Ufer 23 – 24**  
**10963 Berlin**

**Telefon: (030) 219 158 26-0**

## Impressum

### Redaktion

Lisa Dittmer, Lilli Iliev, Justus Dreyling,  
John Weitzmann, Bernd Fiedler

### Inhaltlich verantwortlich

John Weitzmann

### Gestaltung

Matthias Wörle, MOR Design,  
<https://mor-design.de>

### Bilder

Gruppenbild Wikimania Stockholm 2019 –  
Jährliche internationale Konferenz des Wikimania Movement  
Foto: Patricia Costillo, CC BY-SA 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>)

Abraham Taherivand, Geschäftsführender Vorstand WMDE, 12.12.2017,  
Foto: René Zieger, CC BY-SA 4.0 Die Lotsen vom IGF Navigator,  
Wikimedia Deutschland, CC BY-SA 4.0

Kati Szilágyi für Wikimedia Deutschland e. V. (  
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:WMDE\\_Illustration.png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:WMDE_Illustration.png)),  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>)

